

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 19

**Artikel:** Der Stand des Internationalismus  
**Autor:** Révész, László  
**Kapitel:** Eurokommunistische Aussagen von gestern  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094724>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Der «Eurokommunismus» vor 1948 in den späteren Volksdemokratien

# Auch sie sprachen so...

«Antike» Zitate, die das neueste von 1976 sein könnten

Was dem zeitgenössischen Geschichtsbewusstsein vollkommen entglitten ist: Der «Eurokommunismus», jene so ganz neuartige Absage an «überholte Vorstellungen», ist gar nicht so neu. Diese neuartigen Versicherungen und Forderungen hatte man schon, sogar in praktisch gleichen Formulierungen. Im Osteuropa der Jahre vor der kommunistischen Machtergreifung. Was daraus geworden ist, hat man gesehen. Wird man in Westeuropa das gleiche sehen?

**Wir betrachten unsere Zusammenarbeit mit verschiedenen Parteien nicht als taktischen Zug, sondern als dauerhaftes Bündnis**

«Ich erkläre feierlich, dass wir Kommunisten disziplinierte und loyale Soldaten der ungarischen nationalen Unabhängigkeitsfront sein werden. Ich erkläre, dass wir unsere Zusammenarbeit mit andern Parteien nicht als vorübergehende politische Koalition, nicht als taktischen Schachzug betrachten, sondern vielmehr als dauerhaftes Bündnis. Wir werden zu unserm gegebenen Wort stehen.»

**Jozsef Reval (später Politbüro-Mitglied) am 3. 12. 1944 bei der Ausrufung der Nationalen Front. «Delmagyarország», Szeged, 5. 12. 1944**

**Wir Kommunisten sind der Meinung, dass das Sowjetsystem nicht der einzige Weg zum Sozialismus ist**

**Klement Gottwald, Vorsitzender der KPTsch und Ministerpräsident der CSR, in einem Interview mit dem Journalisten Leo Lanti, Januar 1947:**

«Freilich, die Kommunistische Partei sucht den Sozialismus zu erreichen, aber wir sind der Meinung, dass das Sowjetsystem nicht der einzige Weg zum Sozialismus ist. Die Bekämpfung und Besiegung des Hitlerfaschismus waren Ereignisse von grosser revolutionärer Bedeutung. Sie haben in vielen Ländern einschliesslich unseres Landes die Bedingungen für einen friedlichen Uebergang zum Sozialismus geschaffen. Wir sind der Auffassung, dass wir nicht nur zum Erreichen des Sozialismus auf einem andern Weg als die Sowjetunion fähig sind, sondern diese Richtung auch bereits eingeschlagen haben. Die Verstaatlichung der Industrie und das neue Volkssystem öffentlicher Verwaltung sind erste Wegmarken.» (...)

«Die Koalition der Kommunisten mit andern Parteien ist keine opportunistische, zeitlich eingeschränkte Koalition. Vielmehr ist sie im Rahmen der Nationalen Front Ausdruck aller Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Tschechoslowakei, Ausdruck der Einheit aller Kräfte, welche die Grundverpflichtungen des Staates anerken-

nen. (...) Warum sollte diese Einheit nach Erfüllung des Zweijahresplanes zu Ende gehen oder gebrochen werden? Im Gegenteil: Ich bin überzeugt, dass sie andauern soll und wird. (...)» (...)

«Wir suchen gerade gegenwärtig sicherzustellen, dass unsere demokratischen parlamentarischen Methoden (...) gesetzlich in der Verfassung verankert werden. Wenn Sie die Ansichten der Kommunisten kennen wollen, so kann ich Ihnen nur sagen, dass sie sich als die verlässlichsten Wächter der Verfassung erweisen werden.»

**Aus «Klement Gottwald, 1945–1948», Prag, 1949**

**Es ist eine glatte Lüge, dass die KP die alleinige Macht ergreifen will**

«Die Behauptung, dass die Kommunisten angeblich die alleinige Macht ergreifen wollen oder ergriffen haben, dass sie überall herrschen, ist ein Märchen und eine böswillige Verleumdung. Es entspricht nicht den Tatsachen, dass die Kommunisten ein Einparteiensystem anstreben. (...)»

Das (die Bildung einer Patriotischen Front, der von der KP geforderten Koalition) wird nicht eine Sowjetmacht bedeuten, nicht den Aufbau des Sozialismus. Aber es wird Gesetz und Ordnung geben, ein Regime der demokratischen Volkskräfte, den Aufbau und die Entwicklung unseres Landes. Und es wird die Gewährleistung unserer nationalen Unabhängigkeit und unserer staatlichen Souveränität geben.»

**Georgi Dimitroff (früherer Generalsekretär der Komintern) am 7. 11. 1945 zum Jahrestag der Oktoberrevolution. «Iswestija», 13. 11. 1945**

«Der entscheidende Aspekt dabei – und wir Marxisten kennen ihn wohl – ist dieser: Keine Nation wird ihren Uebergang zum Sozialismus genau auf einem vorgezeichneten Weg vollführen, keine genau so wie die Sowjetunion, sondern auf ihrem eigenen Weg, entsprechend den eigenen historischen, nationalen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen.»

**Dimitroff am 27. 2. 1946 vor dem bulgarischen Parteikongress. «Political Affairs», Bd. 25, New York 1946**

**Die anderen Parteien soll sich ebenso wie wir organisieren und betätigen dürfen**

«Die grosse nationale Aufgabe, die sich unserem Lande stellt, kann weder durch die Kommunistische Partei noch durch irgendeine andere Partei gelöst werden. Die Kommunistische Partei beansprucht kein Monopol. Auch ist kein Monopol vonnöten, um unter den Massen für den Aufbau eines neuen Ungarn zu arbeiten. Die Kommunistische Partei missbilligt den Gedanken eines Einparteiensystems. Die andern Parteien mögen sich ebenso betätigen und organisieren. Von dieser Tribüne aus appelliere ich in meinem Namen und im Namen der kommunistischen Parteiführung an die Kleinlandwirtpartei und alle andern progressiven Parteien, ihre Aktivitäten aufzunehmen und fortzusetzen.»

«Gewisse Genossen denken mit Blick auf die Sowjetunion, dass es in Ungarn darum geht, den Sozialismus zu entwickeln. Das entspricht nicht dem Standpunkt der Kommunistischen Partei Ungarns. Es ist unsere Ueberzeugung, dass wir mit vereinten Kräften ein unabhängiges, demokratisches und volksverbundenes Ungarn schaffen müssen.»

**Ernö Gerö (später Erster Parteisekretär) am 7. 11. 1944 in Szeged. Aus «Kampf für die sozialistische Volkswirtschaft» (ungarisch), Budapest, 1958**

**Nachher: Wir allein sind an der Macht**

«In dieser Regierung sind nicht nur Kommunisten, sondern auch Mitglieder der Kleinlandwirtpartei und der Bauernpartei. Noch immer ist dieses Kabinett eine Koalition. Bedeutet das, dass wir die Führung zusammen mit ihnen ausüben, dass wir zwischen Proletariat und werktätigem Bauerntum eine Trennung zulassen?

Formell sind Elemente der Teilung von Macht und Führung unter uns. Aber es ist eine Tatsache, Genossen, dass die arbeitende Klasse die Macht allein innehat, es ist eine Tatsache, dass unsere Partei allein den Staatsapparat beherrscht.»

**Jozsef Reval: «Ueber den Charakter unserer Volksdemokratie» in «Tarasdalmi Szemle», Budapest, März/April, 1949**

## Das schlechte Beispiel

(Fortsetzung von Seite 17)

Koalitionspartner, vor allem an die Kleinlandwirtpartei, die in den Wahlen vom Herbst 1947 eine grosse absolute Mehrheit erlangt hatte (die Kommunisten erhielten 17 Prozent der Stimmen). Schon 1946 machte die KP die Koalitionsmöglichkeit der Kleinlandwirte von einer weitgehenden Säuberung in deren Reihen abhängig. Rakosi am 24. 3. 1946:

«Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Säuberungsprozess, der in der Parlamentsfraktion der Kleinlandwirtpartei begonnen wurde, im ganzen Land fortgesetzt wird.» Bei gleicher Gelegenheit erwähnte er auch, dass viele kommunistische Parteiorganisationen den Koalitionspartnern einfach die Liste jener Personen zustellten, die diese auszuschliessen hätten. (S. 229—230)

Die gleiche Täuschung der Öffentlichkeit fand auch in den übrigen Ländern Osteuropas statt. Sowohl Gottwald in der CSR als auch Gomulka in Polen sprachen sich vor der Machtergreifung zum Beispiel expressis verbis für pluralistische Demokratie aus.

Welchen Anlass hat man, den heutigen Beteuerungen westlicher Kommunisten Glauben zu schenken?

Ein plausibler und illusionsfreier Anlass wäre der unverkennbar echte Aerger, mit dem die Sowjets (wie aus den zuvor zitierten Stellen ersichtlich) auf «eurokommunistische» Gedanken reagieren. Nur lassen sich aus dieser Beobachtung keine Schlussfolgerungen bezüglich der eurokommunistischen Glaubwürdigkeit ziehen.

### Beweist der sowjetische Aerger mit dem heutigen Eurokommunismus dessen Aufrichtigkeit?

Moskau hat keinen Bedarf an kommunistischer Propagierung von grenzüberschreitenden Ideen, die im eigenen Lager unter echter oder gespielter Berufung auf anerkannte Bruderparteien die dissidente Bewegung stärken könnten. Diese Interessenlage hat Vorrang. Sie hindert aber nicht im geringsten, dass die Sowjets die taktischen Vorteile des Eurokommunismus für den Westen einsehen können. Wie sie sie in Osteuropa — bei besser abgeschirmtem Hinterland — selber ausgenutzt haben.

Bei den westlichen KP liegt die Priorität umgekehrt. Sie könnten es auf ein interimistisches Schockieren der Sowjets im Interesse der eigenen Taktik ankommen lassen. Nach der Machtergreifung lässt sich ja die Aussöhnung (soweit sie bei der schliesslich deklarierten Aktionseinheit vonnöten ist) immer noch betreiben. Und wenn nicht, dann bliebe erst noch die Möglichkeit, dass der Eurokommunismus die taktische Vorbereitung einer Diktatur auf eigene Faust wäre, statt einer Diktatur durch Uebertragung der Sowjetfäuste. Auch ein Trost. Hat man es schön in Albanien?

Alles in allem: Der Eurokommunismus ist ohne jeden Zweifel eine Taktik (sie wird zuhanden der regierenden Genossen ja ausdrücklich expliziert). Es ist denkbar, dass er angesichts des echten Bedarfs an ideologischer Revision nicht ausschliesslich eine Taktik ist. Aber selbst dann würde er dem Westen mit Sicherheit ein Weniger an Demokratie bringen, während er den «liberalen» Kräften im Osten ein Mehr an Demokratie verspricht. Fördern wir also die eurokommunistischen Gedanken im Sowjetlager. Dort braucht man sie. Aber hier darf man die Taktik nicht vergessen.

## Die nichtregierenden KP in ihrer politischen Praxis

# Die grosse Bündnisphase

In ihrem praktischen politischen Verhalten stehen die nichtregierenden kommunistischen Parteien zurzeit in einer Grossoffensive, die nebst einigen Erweiterungen der Bündnistaktik viele klassische Züge aufweist. Sie stimmt mit den Interessen des Sowjetlagers generell überein. Ihre Durchsetzung ist schon über die sogenannten internationalen Frontorganisationen (Weltgewerkschaftsbund, Weltfriedensrat usw.) auch konkret koordiniert.

Die innenpolitische Taktik der nichtregierenden Parteien ist nicht neu: Zusammenarbeit bis Aktionseinheit mit allen Schichten der Bevölkerung und mit allen jenen Organisationen, die bis anhin in allen kommunistisch regierten Staaten grausam liquidiert wurden.

Die Aehnlichkeit mit der osteuropäischen Taktik zwischen 1945 und 1948 besteht darin, dass auch die osteuropäischen Kommunisten zeitweise eine grosse nationale Koalition verlangten, in der alle — mit Ausnahme der ehemaligen Aristokratie, der ehemaligen Bank- und Finanzmagnaten — Platz hätten. Nach der Machtergreifung wurden dann diese ehemaligen Partner ausgerottet.

### Volksfronterweiterung

Die 1935 vom 7. Kominternkongress offiziell eingeführte Volksfronttaktik ist auch heute die Generallinie in der Innenpolitik westlicher KP. Man hat sie an der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien in Moskau vom Juni 1969 als allgemeingültig anerkannt, und seither haben alle regionalen Beratungen diese Linie bestätigt, so die Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raums im Sommer 1975, ebenso die europäische Konferenz ein Jahr später.

Sowohl die spanische KP als auch die lateinamerikanischen Parteien schätzen die engen Kontakte mit den «fortschrittlichen Strömungen» innerhalb der katholischen Kirche. Punkt 17 im Aktions-

programm der mexikanischen KP aus dem Jahre 1975 lautet beispielsweise: «In der Einheitskonzeption unserer Partei nimmt die Annäherung an fortgeschrittene Strömungen der katholischen Kirche einen wichtigen Platz ein.» (IB, Nr. 22 bis 24/1975)

Auch die Konferenz der lateinamerikanischen Parteien in Havanna äusserte sich sehr anerkennend über sie:

«Die Christen, speziell die Katholiken, der niedere Klerus und sogar einige Vertreter ihrer Führung nehmen immer aktiver an den Volkskämpfen für nationalen und sozialen Fortschritt teil.» Dialog und sogar Aktionseinheit mit ihnen wird befürwortet. (IB, Nr. 13/1975)

Bündnispolitik und Einheitsfronttaktik gehen in der Generallinie sowohl der europäischen als auch der lateinamerikanischen Parteien so weit, dass man tatsächlich die Frage stellen sollte: Wo ist denn die Klassegebundenheit? Sie scheint weniger wichtig zu sein als die momentanen Interessen der Innen- und Aussenpolitik. Die verschiedenen sozialen Schichten werden nicht nach Klassenzugehörigkeit, sondern nach politischer Einstellung eingestuft: «Wir Kommunisten werten deshalb die politische Haltung der anderen lateinamerikanischen Kräfte grundsätzlich so, dass wir von ihrem Verhalten gegenüber diesem Feind (nämlich dem US-Imperialismus) ausgehen.» (IB, S. 26)

Eine andere Stütze der kommunistischen Parteien

ist die Intelligenzia, die bis 1969 höchst offiziell als ein Bestandteil der klassenfeindlichen Bourgeoisie galt. Seither wird sie aber als eine Schicht des werktätigen Proletariates angesehen und als Verbündete umworben. (Vgl. L. Revesz: «Export der Revolution», Bern 1971)

### Sozialdemokraten spalten

Besondere Aufmerksamkeit schenkt man der Werkstellung von «Klassenolidarität» mit der Sozialdemokratie. Man ist bemüht, sie durch eine Zusammenarbeit zu spalten, Parteiführung und Parteimassen gegeneinander auszuspielen. Die Kommunisten wollen vordringlich ihre Kräfte gegen eine wirklich sozialdemokratische Führung mobilisieren, ganz so, wie sie es seinerzeit, zwischen 1945 und 1948, in Osteuropa taten. Zusammen mit dem agitierenden Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gegen die sozialdemokratische Führung! Allerdings ging dann die KP — nach Ausrufung der organisatorischen Einheit beider Parteien — gegen die ehemaligen sozialdemokratischen Parteimitglieder los. Divide et impera, oder Salamtaktik. (Vgl. L. Revesz: «Moskau über Portugal», Bern 1976, S. 28 ff.)

Umgekehrt stärkt man natürlich gegenüber der Basis jene sozialdemokratischen Führer, die für eine Zusammenarbeit oder schon für eine Aktionsgemeinschaft gewonnen werden konnten. Das Moskauer Jahrbuch für die «Probleme der kommunistischen Bewegung» widmete grosse Aufmerksamkeit der Tatsache, dass an der Brüsseler Versammlung «der Vertreter der gesellschaftlichen Kräfte für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (an einer indirekt von der KPdSU organisierten Veranstaltung) viele bekannte Funktionäre der internationalen Sozialdemokratie teilnahmen: praktisch die ganze Leitung der Sozialistischen Partei Belgiens, drei Sekretäre des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, die Sekretäre der Sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Dänemarks, der Sozialistischen Partei Frankreichs, drei Mitglieder des Exekutivkomitees der Labour